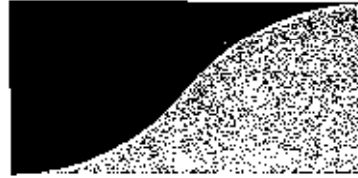


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Karsten D. Voigt MdB,
Obmann der SPD-Fraktion
im Auswärtigen Ausschuß
des Deutschen Bundestages,
trägt seine Bedenken
gegen das SDI-Projekt
vor: Nicht im deutschen
Interesse.

Seite 1.

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender
des Ausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit des Deutschen
Bundestages, setzt sich mit
Brigitte Erlers Buch "Tödliche
Hilfe" auseinander: Einfache
Lösungen vorgegaukelt.

Seite 6

40. Jahrgang / 73

17. April 1985

Zwölf Thesen zur SDI-Initiative

Eine Beteiligung am Weltraumwaffenprogramm der USA liegt nicht im deutschen Interesse

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

1. Im Kongreß der Vereinigten Staaten wird zur Zeit entschieden, ob das SDI-Forschungsprogramm in der vollen von der Reagan-Administration beantragten Höhe aufrechterhalten, ob es gekürzt oder gar gestoppt wird. Mit den Entscheidungen des Kongresses der Vereinigten Staaten werden auch Weichen für künftige Entscheidungen über das SDI-Programm gestellt, die von grundlegender Bedeutung für die Militärstrategie des westlichen Bündnisses und die Sicherheit der Europäer sind. Die europäischen Mitgliedstaaten der NATO können auf diese Entscheidungen in den Vereinigten Staaten nur dann mit Aussicht auf Erfolg Einfluß nehmen, wenn sie ihre eigenen abrüstungspolitischen, militärstrategischen und wirtschaftlichen Ziele und Interessen gemeinsam, frühzeitig, eindeutig und unüberhörbar gegenüber ihrem wichtigsten Bündnispartner zur Geltung bringen.

Viele Chancen zu einer gemeinsamen eindeutigen Position der europäischen NATO-Partner beizutragen hat die Bundesregierung Kohl bereits vertan. Aufgabe der SPD ist es, im wohlverstandenen europäischen und nationalen Interesse die Bundesregierung zu zwingen, endlich Klarheit über ihre eigenen Ziele und Prioritäten zu schaffen, damit nicht auch noch die letzte Chance einer Einflußnahme der Bundesrepublik verspielt wird. Diesem Ziel dient die von der SPD angeregte Bundestagsdebatte am Donnerstag dieser Woche.

2. Nur formal wird die Entscheidung über Tests und Einführung von SDI-Systemen erst nach Abschluß der Forschungsphase gefällt. Deshalb werden faktisch mit dem SDI-For-

schungsprogramm bereits weitgehend die Weichen für zukünftige Entscheidungen zugunsten von Tests und Einführung gestellt. Nach dem erfolgreichen Abschluß eines Forschungsprogramms werden Tests und Einführung kaum mehr zu verhindern sein. Mit dem SDI-Programm werden sich nach Abschluß der Forschungsphase bereits so starke politische, wirtschaftliche und militärische Interessen verbunden haben, daß auch Rüstungskontrollverhandlungen dann bestenfalls noch zu einer Begrenzung nicht aber zu einer Verhinderung von SDI-Programmen in Ost und West führen werden. Dies umso mehr als führende Vertreter der US-Administration darauf beharren, unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen auf keinen Fall auf die Verwirklichung des SDI-Konzeptes zu verzichten.

3. Dies gilt umso mehr, wenn es gelingt, die Kritik der Europäer durch ihre Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm weitgehend zu neutralisieren. Eine Beteiligung der europäischen Wirtschaft an SDI-Forschungsprogrammen macht es wahrscheinlich, daß auch in Europa der Druck ökonomischer und militärischer Interessen zugunsten von Erforschung, Tests und Einführung von SDI-Systemen zunehmen wird. Es ist wahrscheinlich, daß weniger die Bereitschaft zum fairen Technologietransfer als diese voraussehbare Wirkung eines der wichtigsten Motive für das Angebot der Reagan-Administration zur Beteiligung der Europäer am SDI-Forschungsprogramm war.

4. Die SPD sollte unter dieser Voraussetzung von vornherein auf einer Beurteilung des Gesamtprogramms (Forschung, Entwicklung, Tests und Einführung) bestehen und sich gegen die verharmlosende Argumentation wenden, es stünde zur Zeit nur die deutsche Beteiligung an der Forschung zur Entscheidung.

5. Die Beteiligung der deutschen Industrie an Forschungsvorhaben, die direkt oder indirekt auch für das SDI-Programm von Relevanz sein können, wird nicht zu verhindern sein, soweit eine solche Zusammenarbeit unter privatwirtschaftlichen Bedingungen zwischen Firmen vereinbart wird. Dies schon deshalb, weil es sich bei Teilen dieser Forschungsprogramme um Grundlagenforschung handelt. Bereits heute forscht die deutsche Industrie, insbesondere im Bereich der optischen Sensoren und Laser, auf Gebieten, die auch für das SDI-Programm von Bedeutung sein können. Zur Entscheidung stehen und abgelehnt werden sollten die Beteiligung am SDI-Programm mit öffentlichen Forschungsmitteln und Regierungsabkommen mit den USA über die Beteiligung der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft am SDI-Programm.

6. Abrüstungspolitische, militärstrategische und wirtschaftliche Gründe sprechen gegen eine bundesdeutsche Beteiligung am SDI-Programm. Die gleichen Gründe sprechen für eine Beteiligung der Bundesregierung an einem europäischen Programm zur zivilen Weltraumforschung. Die SPD fordert, daß die forschungspolitischen Entscheidungen der Bundesrepublik sich an Prioritäten orientieren, die tatsächlich den wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Interessen und Zielen der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesrepublik Deutschland entsprechen.

7. Aus abrüstungspolitischen Gründen sollte die SPD am ABM-Vertrag festhalten, den dauerhaften Bestand des ABM-Vertrages durch verschärfende Zusatzregelungen, die den Aspekt der Begrenzung und Verringerung der strategischen Waffen stärker herausarbeiten, fordern, sowie ein Verbot von ASAT-Systemen in Ost und West verlangen. Umfassende Abkommen zur friedlichen Nutzung des Weltraums, Abkommen zur drastischen Reduzierung von nuklearen Kurz-, Mittel- und Langstreckenwaffen und im Sinne der Sicherheitspartnerschaft die Verstärkung der kooperativen Lösung von Sicherheitsproblemen im Ost-West-Konflikt sind die Hauptelemente einer sozialdemokratischen Alternative zum SDI-Programm.

8. Präsident Reagan verwendet zur Begründung für das SDI-Programm Begriffe, die der Friedensbewegung entliehen sind. Er wirkt deshalb auf viele Amerikaner so überzeugend, weil ihnen seine Verwendung dieser Begriffe glaubwürdig erscheint.



Die Begründung anderer Mitglieder der US-Administration für das SDI-Programm widerspricht zum Teil Ronald Reagan. Zur Zeit versucht die Administration diese Widersprüche durch die Entwicklung eines Phasen-Konzeptes für das SDI-Konzept zu überwinden. In ihm soll das SDI-Programm in einer frühen Phase der Stabilisierung der Abschreckung, in einer späteren Phase der Abschaffung der Nuklearwaffen und als Endziel der Ablösung der Abschreckung durch ein wechselseitig wirksames Defensiv-Konzept dienen.

9. Folgende Ziele und Begriffe Reagans stammen aus dem Zusammenhang der Friedensbewegung oder könnten fortschrittlichen Rüstungskontrollpolitischen Konzeptionen entlehnt sein:

- die Überwindung der Abschreckung als Endziel des SDI-Programms
- die Akzentverschiebung in der Abschreckungsstrategie von der Abschreckung durch Vergeltung (deterrence through punishment) zur Abschreckung durch Verweigerung eines Erfolges (deterrence through denial) in einer frühen Phase des SDI-Programms
- das Ziel der Abschaffung der Nuklearwaffen als Ergebnis der Verwirklichung eines voll funktionierenden SDI-Programms
- die Konventionalisierung der Verteidigung. Bereits in einer frühen Phase des SDI-Programms sollen zunehmend Nuklearwaffen durch eine konventionelle strategische Abwehr neutralisiert werden
- die positive Unterscheidung von defensiver und offensiver Waffen. Dabei wird defensiven Waffen moralisch der Vorzug vor offensiven Waffen gegeben.
- die Forderung nach einer zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten vereinbarten strategischen Stabilität
- das Angebot einer Teilhabe der Sowjetunion an technologischen Erkenntnissen der USA im Rahmen des SDI-Programms zur Vermeidung destabilisierender Wirkungen einer einseitigen Einführung neuer Waffentechnologien und Militärstrategien
- die Forderung nach einem kooperativen Übergang zu einer neuen Militärstrategie des wechselseitigen gesicherten Überlebens (MAS) anstelle der bisherigen wechselseitigen Zerstörung (MAD). Der Begriff der "mutual assured security" lehnt sich in der Terminologie an die Begriffe "Sicherheitspartnerschaft" und "Gemeinsame Sicherheit" an, obwohl die Befürworter des "MAS-Konzeptes" in der Substanz öffentlich bisher gegen das sozialdemokratische Konzept der "Sicherheitspartnerschaft" argumentierten.
- die deklarierte Bereitschaft, die Einführung neuer Waffentechnologien und neuer Militärstrategien von dem Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen abhängig zu machen. Diese Bereitschaft widerspricht diametral dem Rüstungskontrollpolitischen Konzept, mit dem die Reagan-Administration 1980 ihr Amt antrat.

10. Die SPD wird die deklarierten friedenspolitischen Zielsetzungen des SDI-Programms mit seinen in der politischen Wirklichkeit des Ost-West-Konfliktes voraussehbaren zum Teil abweichenden, zum Teil sogar gegenteiligen praktischen Wirkungen konfrontieren müssen.

Dies ist umso mehr geboten, als die moralischen, militärstrategischen und Rüstungskontrollpolitischen Ziele und Begriffe, mit denen Reagan das SDI-Konzept begründet, zum Teil graduell, zum Teil prinzipiell den Argumenten widersprechen, die während der Entscheidung über die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen in den USA verhandelt wurden. So wurde zum Beispiel die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen mit dem Argument begründet, auf diese Weise die nukleare Komponente der NATO-Strategie der "Flexiblen Reaktion" zu modernisieren, zur kontrollierten nuklearen Eskalation fähig zu bleiben und Optionen für einen selektiven Einsatz von Nuklearwaffen zur Verfügung zu haben. Das SDI-Konzept aber stellt die bisherige Grundlage der Flexiblen Reaktion, die moralische Legitimation und die militärische Durchführbarkeit des Konzeptes der kontrollierten nuklearen Eskalation und den selektiven Einsatz von Nuklearwaffen infrage. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Sowjetunion



ebenfalls ein SDI-Programm verwirklichen sollte. Die SPD tritt ebenfalls für eine Reform der NATO-Strategie der Flexiblen Reaktion - allerdings in einem völlig anderen Sinne als das SDI-Programm - ein. Die Bundesregierung, die im Namen der Modernisierung der Flexiblen Reaktion für die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen eintritt, wird erläutern müssen, wie sie gleichzeitig den deklarierten Zielen Reagans und der Fortsetzung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen zustimmen kann.

11. Die erklärten friedenspolitischen und technologiepolitischen Intentionen des SDI-Programms veranlassen die SPD, die seit 1979 auf den Parteitag beschlossen abrüstungspolitischen Ziele und Konzeptionen zu wiederholen und noch präziser als bisher zu formulieren:

- a) Es bleibt das Ziel der SPD die Abschreckung zwischen Ost und West in einem langfristigen Prozeß durch eine qualitative Veränderung des Macht- und Systemkonfliktes zwischen Ost und West zu überwinden. Das Konzept der Sicherheitspartnerschaft kann im Gegensatz zum SDI-Programm auch praktisch auf dieses Ziel hinführen, weil es versucht, die militärische Abschreckung durch sicherheits- und abrüstungspolitische Vereinbarungen schrittweise zu ergänzen und schließlich zu ersetzen. In der historischen Perspektive soll die Vertrauensbildung miteinander die Abschreckung voneinander überflüssig werden lassen. Die gegenwärtige Abschreckung kann durch Reformen der Militärstrategie und neue Waffentechnologien stabilisiert oder destabilisiert, kostspieliger oder billiger, vorrangig mit konventionellen Waffen oder vorrangig mit nuklearen Waffen aufrechterhalten und reformiert, nie aber überwunden werden. Die Überwindung des Systems der wechselseitigen Abschreckung ist letztlich nur politisch, nie allein oder vorrangig durch Reformen der Militärstrategien oder neuen Waffentechnologien möglich.
- b) Die SPD hält am Ziel der Abschaffung der Nuklearwaffen fest. Aber sie hält es für einen Irrglauben, diesem Ziel durch die Verwirklichung des SDI-Programms und damit durch die Einführung neuer Waffentechnologien näher zu kommen. Die SPD sagt voraus, daß die Verwirklichung des SDI-Programms zwar nicht zur Abschaffung der Nuklearwaffen, wohl aber zur Einführung qualitativ neuer Waffentechnologien führen wird.
- c) Für die SPD bleibt es das Ziel von Abrüstungsverhandlungen, die Einführung neuer Waffentechnologien aufgrund verifizierbarer Abkommen zu verhindern und nicht deren Einführung durch eben diese Abrüstungsverhandlungen zu legitimieren. Es ist bisher völlig unklar geblieben, ob die Bundesregierung denjenigen in der Reagan-Administration offen zu widersprechen bereit ist, die unter allen Umständen auf einer Einführung von SDI-Systemen bestehen.
- d) Die SPD befürchtet, daß die kleineren und mittleren Staaten in Europa beiderseits der Grenzen von NATO und Warschauer Pakt zu Zonen minderer Sicherheit werden, falls sowohl die USA und als auch die UdSSR strategische Verteidigungssysteme einführen.
- e) Die SPD befürchtet, daß zusätzliche Forderungen auf Erhöhung der Verteidigungsausgaben in bisher noch nicht abschätzbarer Höhe zu erwarten sind, falls die Europäer gleichzeitig zur Einführung einer strategischen Verteidigung ein regionales Abwehrsystem aufzubauen versuchen.
- f) Die SPD hat Vorbehalte gegenüber einer moralisch bewertenden Unterscheidung einzelner Waffensysteme als defensiv oder offensiv, wenn dabei die entscheidende Einbettung dieser einzelnen Waffensysteme in die Gesamtstruktur der politischen Intentionen, der Militärdoktrinen, der Militärstrategien und der militärischen



Optionen außer acht bleibt. Die SPD verwendet den Begriff der "strukturellen Nichtangriffsfähigkeit", weil sich erst aus der militärischen und politischen Gesamtstruktur ergibt, ob ein einzelnes Waffensystem den Willen und die Fähigkeit zur Aggression und Offensive beinhaltet.

- g) Eine Beteiligung der Bundesrepublik mit öffentlichen Mitteln am SDI-Forschungsprogramm gefährdet andere zivile und auch eigene militärische Forschungsprioritäten. Aufgrund des gegenwärtigen Verhaltens der USA ist ein umfassender Technologietransfer nach Westeuropa im Rahmen dieses Programms nicht gewährleistet.
- h) Das Angebot einer technologischen Partnerschaft durch die USA an die UdSSR, um so die destabilisierende Wirkung einer einseitigen Einführung des SDI-Konzeptes zu verhindern, ist angesichts des bisherigen Verhaltens der USA beim Export sicherheitspolitisch relevanter neuer Technologien zumindest solange unglaubwürdig, bis die Reagan-Administration ihre bisherige restriktive Haltung gegenüber dem Transfer neuer Technologien in die RGW-Staaten grundsätzlich revidiert hat.

12. Es ist glaubwürdig, daß das SDI-Programm der USA in der UdSSR ernsthafte Sorgen hervorruft. Ein Teil der sowjetischen Argumentation gegen das SDI-Programm aber ist unglaubwürdig und widerspricht ihrem bisherigen Verhalten:

- Die Sowjetunion hat Abkommen über ein Verbot von Rüstungsforschungen bisher selber nicht für realistisch gehalten, weil die Einhaltung solcher Abkommen nicht verifizierbar sei. Dem widerspricht ihr jetziger Vorschlag eines Forschungsmoratoriums. Die sowjetische Forderung nach einem Moratorium von Tests ist verifizierbar. Sie ist rüstungskontrollpolitisch logisch. Die USA und die UdSSR sollten sobald wie möglich in den Genfer Verhandlungen ein Moratorium für den Test und die Einführung von Anti-Satellitenwaffen vereinbaren. Am ABM-Vertrag sollten beide Seiten ebenfalls festhalten.
- Falls die Sowjetunion moralisch gegen die Einführung neuer Defensivwaffen argumentieren sollte, wäre dies unglaubwürdig angesichts ihrer eigenen Rüstungsprogramme. Die Aufrechterhaltung und Modernisierung eines ABM-Systems rings um Moskau entspricht zwar dem ABM-Vertrag. Aber es zeigt zusammen mit einer bereits ausgebauten sowjetischen Flugabwehr und ihren umfangreichen Zivilschutzmaßnahmen, daß die Verteidigungspolitik der Sowjetunion zumindest bisher weniger als der Westen auf dem Konzept der wechselseitigen Vernichtungsdrohung beruhte. Das sowjetische Verhalten war Ausdruck eines Verteidigungskonzeptes, das kombinierte Fähigkeiten zur Offensive, Defensive und einen passiven Schutz von militärischen, politischen und zivilen Einrichtungen vorsah.
- Die Sowjetunion hat die "Militarisierung des Weltraumes" nicht bereits zu einem Zeitpunkt in den Vordergrund der rüstungskontrollpolitischen Diskussion gerückt, als sie aufgrund eigener Forschungen Entwicklungen und Tests diese neue Dimension des technologischen Rüstungswettlaufs erkannte.

Die Beschlüsse der SPD gegen diesen neuen technologischen Rüstungswettlauf datieren bereits aus dem Jahre 1979. Die Sowjetunion begann ihre Kampagne erst, als sich mit dem SDI-Programm ein künftiger Vorsprung der USA bei diesen neuen Waffentechnologien abzeichnete.



Einfache Lösung vorgegaukelt

Eine Auseinandersetzung mit Brigitte Eriels Buch "Tödliche Hilfe"

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit
des Deutschen Bundestages

Wenn Staaten, wie das von der Somoza-Diktatur befreite Nicaragua, einen selbstbestimmten demokratischen, sozial gerechteren Entwicklungsweg gehen wollen und händeringend um Hilfe rufen, dann dürfen Sozialdemokraten nicht einfach weghören. Wenn Sahel-Länder Unterstützung von außen wünschen, um den Vormarsch der Sahara zu stoppen, dann kann man nicht von vornherein abwinken. Wenn es um die Solidarität mit Hungernden und Unterdrückten oder mit vom Kolonialismus gerade frei gewordenen Ländern wie Guinea-Bissau und Kap Verde geht, dann können wir keine Verweigerungshaltung einnehmen.

Aber gerade eine solche Haltung empfiehlt Brigitte Eriel in ihrem jüngst erschienenen Buch "Tödliche Hilfe", wenn sie die sofortige Abschaffung der Entwicklungshilfe fordert, weil diese allen - ganzen Ländern wie einzelnen Betroffenen - schade. Ihre Fundamentalkritik belegt sie durch negative Projektbeispiele der deutschen Entwicklungshilfe in Bangladesch. Ich könnte noch weitere hinzufügen - aber ich müßte der Redlichkeit wegen auch die positiven Gegenbeispiele nennen. So habe ich noch in diesem März im westafrikanischen Benin ein sinnvolles Umweltschutzprojekt und in Ghana Handpumpen in Augenschein nehmen können, deren Wasser durchschnittlich 500 Dorfbewohnern kostenlos zugute kommt (und nicht einigen wenigen Großbauern wie in Bangladesch).

Der Schlußfolgerung, ohne Entwicklungshilfe ginge es den Menschen in der Dritten Welt besser, kann ebenfalls nur zustimmen, wer pauschal alle Länder und alle Regime über einen Leisten schlägt. Zugleich wird damit eine einfache Lösung vorgegaukelt, die einmal den Stellenwert der Entwicklungshilfe enorm überschätzt (in Bangladesch macht die gesamte Hilfe aus allen Quellen noch nicht einmal zehn Prozent des Brutto-sozialproduktes aus) und zum anderen an den neokonservativen Zeitgeist nach dem Motto "Sozialleistungen abbauen und Selbsthilfekräfte stärken" erinnert.

Man braucht Brigitte Eriels Empfehlungen zum Beispiel nur auf Nicaragua zu übertragen (keine Entwicklungshilfe, weil sie nur schadet; helft Euch selbst, zahlt mehr Steuern - Hilfe würde die Korruption vergrößern, die Reichen noch reicher machen und so weiter), um zu sehen, daß eine pauschale Befolgung ihrer Empfehlungen in die Irre führen würde.

Aus solidarischen und humanitären Gründen ist Entwicklungshilfe als Hilfe zum Überleben und als Unterstützung für die politische, wirtschaftliche und eine sozial gerechte Entwicklung weiterhin geboten. Auch aus wohlverstandenen gemeinsamen Interessen an Frieden und Ausgleich, Arbeit und Umwelterhaltung. Einzelne mögen aus der Entwicklungshilfe frustriert und resigniert aussteigen, eine ganze Partei kann und darf dies nicht. Ein solcher Ausstieg wäre nicht nur unsolidarisch und unmenschlich, er wäre auch politisch nicht durchzuhalten. Eine wirklich linke, also rationale und realistische Kritik muß Widersprüche akzeptieren und darf an Rückschlägen nicht zweifeln.

Was bleibt also von der Kritik?



Keinesfalls die Schlußfolgerung, die Entwicklungshilfe völlig zu beenden. Keinesfalls das Sicheinlassen auf die Hoffnung, ohne Entwicklungshilfe ginge es den Menschen in allen Ländern der Dritten Welt besser.

Was ich empfehle, ist ein entwicklungspolitischer Durchbruch zu neuen Ufern, der die unter der jetzigen Bundesregierung weit aufgebrochene Lücke zwischen den von SPD und Bundestag formulierten Zielen und der Wirklichkeit schließt: 1. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit muß konsequent auf die Bekämpfung der absoluten Armut und die fachlichen Schwerpunkte ländliche Entwicklung, Energie, Umwelt und (Aus-) Bildung ausgerichtet sein, und nicht etwa auf Exportförderung. 2. Bevorzugt sind solche Länder und Kräfte zu unterstützen, die sich um die Verwirklichung der Menschenrechte einschließlich gewerkschaftlicher Freiheiten und die Förderung sozialer Gerechtigkeit bemühen. In Diktaturen dürfen allenfalls Projekte und Programme gefördert werden, die der notleidenden Bevölkerung direkt zugute kommen. 3. Die Entwicklungspolitik muß die nötigen Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer begleiten und insofern Hilfe zur Selbstentwicklung sein.

Bei diesen Zielen muß die offizielle Politik größere Standfestigkeit und Strenge - auch in Abstimmung mit anderen Gebern - beweisen. Falls sich dies nicht im Einzelfall umsetzen läßt, kommen zweierlei Konsequenzen in Betracht:

- a) Abbau beziehungsweise Abbruch der staatlichen Entwicklungshilfe (so wie es die sozial-liberale Bundesregierung gegenüber dem Chile Pinochets praktiziert hat);
- b) "Entstaatlichung" der Hilfe, was eine viel stärkere Umlenkung der Entwicklungshilfemittel über nichtstaatliche Organisationen, wie die Arbeiterwohlfahrt, die Kirchen oder terre des hommes zur Folge hätte, weil diese an privilegierten Staatsklassen vorbei häufig viel besser "Graswurzelarbeit" leisten können.

Zu einem umfassenden Nord-Süd-Ausgleich gehört als Kernstück der Aufbau einer leistungsfähigen, gerechten und sozialen Weltwirtschaft. Das Zukunftsprogramm der SPD-Bundestagsfraktion für die Dritte Welt mit seinen drei Elementen (Entschuldungshilfe, Handelsförderung und Befriedigung der Grundbedürfnisse durch eine "Entwicklung von unten") weist in die richtige Richtung. (-/17.4.1985/rs/ks)

+ + +

